Nr. 59. Halle (Saale), Dienstag, den 11. März 1919. 30. Jahrg.

Bezugspreis: Monatl. 1,70 Mk. frei Haus, bei Postbezug ab Postamt monatlich 1,20 Mk., vierteljährl. 3,6 Mk. für Zustellung durch Postboten monatlich 14 Pfg., vierteljährl. 42 Pfg. Bestellgebühr extra.
Erscheinungsweise: Jeden Werktags, nachmitt.
Verlag u. Buchhandlung: Halle (Saale), Harz 42-44. Geöffnet von 7½ morgens bis 5 Uhr nachmittags. Fernsprechanschluß Nr. 1047. Postscheckkonto: Leipzig Nr. 16105.

Volksblatt

Sozialdemokratisches Organ

für Halle und den Saalkreis, die Kreise Merseburg-Querfurt, Delitzsch-Bitterfeld, Wittenberg-Schweinitz, Torgau-Liebenwerda, Sangerhausen-Eckartsberga und die Mansfelder Kreise.

Anzeigenpreis: Die siebengespaltene, 30 mm breite Kolonelzeile kostet 40 Pfg. Der Preis für die 82 mm breite Reklamezeile beträgt 1,50 Mk. Anzeigen für die nächste Ausgabe bis morgens 9 Uhr, groß, am Tage vorher erbet.
Schriftleitung: Halle (Saale), Harz 42-44. Fernsprechanschluß Nr. 1045. Sprechstunde: werktags von 12 bis 1 Uhr mittags. Geschäftliche Anfragen, Bestellungen und Mitteilungen richte man nur an den Verlag. Fernspr. Nr. 1047.

Zerfleischung.

Die grauenvollsten Kämpfe wurden das deutsche Volk. Nicht nur soziale Waffen werden angewendet, sondern auch militärische. Nicht nur Streiks zerstören den Wirtschaftsprozeß, sondern blutige Gemetzel zerreißen das soziale Leben.

Warum die Kämpfe? Die volle Schuld fällt auf die Machthaber, die dem schaffenden Volke den sozialen Aufbau verweigerten. Dem Niederbruche der alten politischen Zwangsgewalten hätte sofort der Beginn der Sozialisierung folgen müssen. Die Regierungssozialisten haben das von Anfang an hintertrieben, später direkt verhindert. Da mußten die Gewalten aus der Tiefe sprechen. Aber gleich die ersten Regungen wurden mit barbarischer Militärgewalt erstickt. Das peitschte die Empörung hoch, die dann sogar zu militärischen Waffen griff. Das war erklärlich, aber verfehlt. Doch der Krieg hatte ja das Töten und das Schlachten gelehrt. Haben nicht vier Jahre lang die Blätter der besitzenden Klassen den Massenmord an Russen, Franzosen, Belgiern, Engländern gefeiert? Haben sie nicht in Verherrlichung des Blutvergießens geschwelgt? Haben sie nicht den Geist des Barbarismus zur Gesellschaftsmoral erhoben? Fluch ihnen und ihrer Herrschgewalt, die die Millionen des Proletariats zum Morden zwang!

Nun heuchelt man gellende Empörung, daß die Schlächtereien weitergehen. Aber die Kämpfe in Berlin usw. sind nur ein winziges Tröpfelein gegenüber dem Ozean des Mordens, das der Krieg brachte. Sie wären überhaupt nicht gekommen, wenn eine sozialistische Regierung die politische Revolution zur sozialen erweitert hätte!

Der tiefste Sinn der Empörung, der Kämpfe und der Streiks ist die soziale Befreiung der Arbeiterklasse, das heißt der Kampf um ihre wirtschaftliche Gleichberechtigung. Daß sich die Kämpfe zersplittern, daß sie ausarten, daß sie entsetzliche Formen annehmen, zu Plünderungen führen — ist veranlaßt durch die Brutalität der Zentralgewalt, die dem berechtigten Kern des Verlangens starr gegenübertritt. Wäre die Durchführung der sozialen Revolution von vornherein verbürgt gewesen, so hätte die disziplinierte Arbeiterklasse nicht in den Streik treten brauchen und jede andere Art von Kämpfen hätte sie leicht und sicher verhindern können. Die Schuld, daß sich die Arbeiter erst den Beginn der sozialen Revolution von den Regierungssozialisten erkämpfen mußten, fällt mit ungeheurer Wucht auf die Ebert, Scheidemann, Noske.

Jetzt haben sie dem Drängen der Arbeiterklasse Konzessionen gemacht. Zu spät! Ueberdies ist die Regierungsspielart der Sozialisierung nur eine Form, der die Arbeiterklasse erst den Gehalt geben muß. Durch weitere Kämpfe!

Die Regierung verkündet, sie sei einig. Großartig! Die Arbeiter bekommen also eine Sozialisierung, der die Vertreter der Kapitalisten in der Regierung zugestimmt haben. Sie soll ein Schangericht werden, wenn die Arbeiter nicht aufpassen.

Aber die Regierungssozialisten sind trotzdem am Ende ihres Lateins. Fluchtartig verlassen die Massen ihre Reihen. Die regierungssozialistische Presse schreit nach einem Parteitag. Am 22. März wird Parteiausschuß und Fraktion einen schleunigen Parteitag beschließen. Im Vorwärts wird ausgeführt, die Regierung könne natürlich kein sozialistisches Programm durchsetzen, da die Bürgerlichen in der Regierung das verhinderten. Deshalb müsse die Partei ein schneidiges Programm aufstellen, das die Massen wieder begeisterte.

Dies ist das Eingeständnis des Bankerotts! Jetzt zeigt sich, daß das Zusammengehen mit dem Bürgertum nur unter Zurückstellung der sozialistischen Grundsätze möglich ist. Jetzt muß zugestanden werden, daß die Regierungssozialisten in der Regierung die proletarischen Lebensinteressen verraten haben. Jetzt soll die regierungssozialistische Partei ihre Vertreter in der Regierung „freistellen" — dabei sitzt fast der ganze Parteivorstand in der Regierung (Ebert und Scheidemann sind Parteivorsitzende!). Jetzt will man den empörten Massen den erkannten Verrat „erklären", daß doch die heilige Demokratie das Paktieren mit dem Bürgertum erfordert hätte, daß aber die Partei (nicht die Sammelregierung) die „bewährten" Grundsätze „hochhalten" könne. Welch ein Schauspiel!

Die Arbeiterklasse wendet sich nun in immer gewaltigeren Scharen zur Unabhängigen Partei, die den Sozialismus rein erhielt und von einer selbständigen sozialdemokratischen Taktik nicht abwich. Jetzt beginnt das treue Festhalten an den Grundsätzen Früchte zu tragen.

Die Bruderkämpfe unter der Arbeiterklasse werden bald ihr Ziel finden, die Zerfleischung wird aufhören. Die Durchsetzung der sozialen Revolution wird bald die Einheitsfront der Arbeiterklasse gegen das kapitalistische Bürgertum zustande bringen. Der regierungssozialistische Zauber von der „gemeinsamen Arbeit mit dem Bürgertum" ist als Wahnwitz und Verrat erkannt.

Die Arbeiterklasse befreit sich selbst!

Sammelregierung auch in Sachsen. Aus Dresden wird gemeldet: Die Unabhängige Fraktion der Sächsischen Volkskammer lehnte die Beteiligung an der Regierung ab. Es wird wahrscheinlich ein Ministerium aus Rechtssozialisten und bürgerlichen Demokraten gebildet werden.

Gegen die Fideikommisse. Wie die Deutsche Allgem. Zeitung berichtet, besteht die Absicht, der preußischen Landesversammlung ein Gesetz vorzulegen, das die Neuerrichtung von Familiengütern verbietet und die Auflösung der bestehenden unter gewissen Modalitäten vorsieht.

Ueber die Ernährungsfrage.

Verhandlungen der Nationalversammlung.

Weimar, 10. März. (W. T. B.) Tagesordnung: **Ernährungsinterpellation.** Zur Begründung führt Abg. Petersen (Zentr.) aus: Die Regierung muß mit absoluter Wahrheit und Klarheit dem deutschen Volke sagen, wie die Lage ist. Anderseits müssen wir das moralische Gefühl des Volkes aufrufen. Die Arbeitsleistungen müssen aufhören, damit die vorhandenen Vorräte nicht aus Furcht vor der Unsicherheit vergeudet werden, und damit die neue Ernte gesichert wird. Wir fordern speziell die Aufhebung der Zwangswirtschaft für Fische und Eier. Wir appellieren an das Gewissen der Welt. Wenn wir nicht die Lebensmittel bekommen, die wir haben müssen, dann wird das nicht allein zu einer deutschen, sondern zu einer europäischen Katastrophe führen. Wenn aber der russische Bolschewismus Deutschland und schließlich ganz Europa überflutet, dann mögen die Mächte die Verantwortung tragen, die helfen können, aber nicht wollen.

Zur Begründung der Interpellation der Deutschnationalen erklärt Abg. Dr. Semmler (Dn.): Wir stehen vor einer Katastrophe, wenn infolge auf die Produktion künstlicher Düngemittel und die Beschaffung der nötigen Arbeitskräfte für die Landwirtschaft nicht Abhilfe geschaffen wird. Dank der Leistungen unserer Chemie kann die Frage, ob die deutsche Landwirtschaft immer imstande ist, unser Volk zu ernähren, restlos bejaht werden. Die Landwirtschaft kann nur gefördert werden durch den Privatbetrieb, nicht durch Sozialisierung.

Ernährungsminister Schmidt:

Die Frage, ob unsere Ernährung bis zum nächsten Wirtschaftsjahr ausreicht, muß ich verneinen. Was soll nun geschehen, um den Fehlbetrag zu decken? Eine Herabsetzung der schon so niedrigen Lebensmittelraten ist unmöglich. Es bleibe also nur übrig, den Fehlbetrag durch Einfuhr im Auslande zu decken. Alles spricht dafür, daß der Wirtschaftskampf auch nach nach Friedensschluß mit aller Schärfe fortgesetzt werden soll. Trotz alledem steht es nicht so schlimm mit unserer Ernährung, wenn uns nicht durch sinnlose Streiks und politische Unruhen die Einfuhrmöglichkeiten aus dem neutralen und sogar dem feindlichen Auslande unterbunden werden. Wir hätten unserem Volke mancherlei Erleichterungen schaffen können. Wir hätten in nicht geringem Umfange Reis, Oel, Milch, Fleisch und Südfrüchte einführen können, wenn wir dafür als Kompensation Kohle, Kali und Eisen hätten bieten können. Weil wir das nicht bieten konnten, sind sie uns vor der Nase weggeschnappt worden. Das Ausland will nicht unser entwertetes Geld, es will nur unsere Erzeugnisse. Ich sage es in aller Oeffentlichkeit, daß ich die **Verantwortung für die Ernährung der Städte nicht mehr übernehmen kann,** wenn nicht Vernunft und Einsicht zurückkehren. **Jeder weitere Streik bedeutet die Vernichtung des Restes unserer Volkswirtschaft.** Jeder Streik der städtischen Arbeiter ist jetzt ein **Verbrechen an der Nation.** Aber kein geringeres Verbrechen ist es, wenn den Landwirten gesagt wird, ihr könnt auch streiken. Ich muß leider

die Fleischration wieder herabsetzen,

auf den Stand vor der letzten Erhöhung. Wahrscheinlich ist sogar diese verminderte Ration nicht in jedem Falle sicher. Als Ersatz sollen Hülsenfrüchte gegeben werden. Bei dem jetzigen Mangel kann die Zwangswirtschaft nicht aufgehoben werden. Maßnahmen zu ihrer Aufhebung sind eingeleitet für Frühgemüse und Obst, für die auch die Einfuhr freigegeben wird. Ebenso kommen Dörrgemüse, Sauerkraut und Salzgemüse in Betracht. Ich will prüfen, in der Erfassung der Hülsenfrüchte eine Aenderung in der Richtung eintreten zu lassen, daß wir vielleicht nur einen Teil erfassen und das übrige freigeben, vielleicht auch bei Gerste, Hafer, Heu, und Stroh, unter Umständen auch bei Eiern und Zucker nach Sicherstellung des Verbrauchszuckers. Dagegen muß ich mit aller Entschiedenheit die **Aufhebung der Zwangsbewirtschaftung für Brotgetreide ablehnen** ebenso für Fleisch, Butter, Milch und Kartoffeln. Aber heute schon erkläre ich, wenn bei der Freigabe bestimmter Artikel die **planlosen Preistreibereien und die skrupellose Ausnützung der Konjunktur** fortdauern sollten, so werde ich zu den Höchstpreisen zurückkehren und mit aller Entschiedenheit für ihre Durchführung sorgen. Wir werden natürlich alles tun, um die Produktion zu erhöhen. Ich bedauere, daß besonders unsere jungen Leute nicht auf das Land hinaus zu bekommen sind. In der Frage der Düngemittel ist leider unsere Hoffnung auf eine ausreichende Erzeugung durch den 14tägigen Streik in der Stickstoffindustrie vereitelt. Unsere Lebensmittelversorgung in diesem Jahre steht also auf sehr unsicherer Grundlage. Nur eine ruhige wirtschaftliche Entwickelung im Innern und eine menschliche Einsicht unserer Gegner kann uns retten.

Unterstaatssekretär von Braun gibt einen eingehenden Bericht über die Ernährungsverhandlungen in Spaa. Wir haben den Abbruch nur als eine Maßnahme der gegnerischen Vertreter aufgefaßt, sich bei ihren Regierungen neue Informationen zu holen. Unsere Lage ist ernst, aber nicht hoffnungslos. Neue Verhandlungen werden kommen und auf die Dauer wird sich die Welt den Verpflichtungen, die sie Deutschland gegenüber hat, nicht entziehen können.

Abg. Wurm (Unabh. Soz.): Wir brauchen heute noch auf allen Gebieten die Zwangswirtschaft und Rationierung, mehr noch als während des Krieges. Wenn die Landwirtschaft gesunden soll, müssen ihr Menschenkräfte zugeführt werden, die zum Landbau geeignet sind. **Auch ohne die Streiks hätten wir uns nicht bis zur nächsten Ernte ernähren können.** Ohne Hilfe vom Auslande können wir nicht durchkommen. Zuerst müssen wir an die Arbeiterschaft in allen Ländern appellieren, damit das deutsche Volk nicht verhungert. Mit ihren sozialen Zugeständnissen ist die Regierung viel zu spät gekommen, deshalb mußte die Arbeiterschaft in den Streik für die sozialen Rechte eintreten.

Reichsminister Dr. David: Die Regierung hätte rascher mit Gesetzentwürfen kommen können, wenn die Unruhen im Lande ihre Zeit nicht über Gebühr in Anspruch genommen hätten. Wenn der Streik sich gegen das Leben der Gesamtheit wendet, muß jeder verständige Arbeiter einsehen, daß der Streik ein Verbrechen ist. Daß die Arbeiter nun endlich zur Arbeit zurückkehren, das ist das einzige Mittel, um aus unserer Not herauszukommen.

Die Sitzung dauert fort. Am Mittwoch soll sich die Nationalversammlung auf eine Woche vertagen, da die Reichsregierung den Beratungen der preußischen Landesversammlung beiwohnen will und in Weimar nur die Kommission für die Verfassung tagen soll.

Die Kämpfe in Berlin.

Die Meldungen besagen, daß die Einzelkämpfe mit zersprengten Trupps noch nicht aufgehört haben. Im Osten sollen die Verwüstungen schrecklich sein. Viele Häuser sind durch Kanonenschüsse und Minen völlig zerstört. Die Kämpfe fanden nur unter den verschiedenen militärischen Gruppen statt, denen jeder politische oder sonstige allgemeine Charakter fehlte.

W. T. B. meldet: „Ueber den Verlauf des Berliner Aufruhrs teilen verschiedene Blätter mit, daß er von Radek und den vor mehreren Wochen verhafteten 86 Führern des Roten Soldatenbundes so weit vorbereitet war, daß die übrigen Führer ihn mühelos durchführen konnten. Ihnen standen ungefähr 10000 Bewaffnete zur Verfügung, Deserteure, Strafgefangene, Arbeitslose, ein großer Teil der Volksmarine-Division, mehrere Depots der republikanischen Soldatenwehr. Eine eigentliche Führung der Aufständischen hatte aufgehört. Kleinere Gruppen von 10 bis 20 Mann sind in Gärten, Kellern, Scheunen usw. verschanzt, zusammen vielleicht noch 3000 bis 4000 Mann."

Man beachte, daß diese Meldungen über Radek und die „86 Führer" von den Regierungsleuten herrühren.

Berlin, 11. März. Im Berliner Leichenschauhause liegen allein etwa 200 Tote. Im Berliner Polizeipräsidium wurden gestern sechs Matrosen, die im Kampfe gegen die Regierungstruppen gefangen genommen waren, nach ihrer Vernehmung **standrechtlich erschossen.** Einer der Führer der Spartakisten, Jogiches, wurde im Gebäude des Kriminalgerichts erschossen. Er hatte einen Soldaten bei der Vorführung angegriffen.

Die standrechtlichen Erschießungen werden mit rücksichtsloser Strenge durchgeführt. In der Gegend Michaelisstraße wurden 100 Spartakisten gefangengenommen und 30 von ihnen sofort erschossen.

Die Kämpfe in Lichtenberg. Berlin, 10. März. Nach Erstürmung des Lichtenberger Polizeipräsidiums zogen die Spartakisten nach dem Lichtenberger Hauptpostamt. Die schwache Besatzung des Postamtes nahm den Kampf mit den übermächtigen Angreifern auf und feuerte solange, bis die letzte Patrone verschossen war. Dann stürmten die Spartakisten das Postamt und überwältigten die Hälfte der Besatzung, die sich im Innern des Gebäudes noch hartnäckig mit dem Kolben wehrte. Die gefangenen Regierungssoldaten und zwei Offiziere wurden bald darauf ermordet. Im Postamt ist alles kurz und klein geschlagen und die Postkasse, in der sich im Durchschnitt 60 bis 80 000 Mark befinden, geraubt worden.

Berlin, 11. März. Die Regierungstruppen haben im Laufe des Montags bereits Teile von Lichtenberg besetzt. Die Spartakisten waren, als sie die Truppen in ihrer Flanke auftauchen sahen, so überrascht, daß sie zum Teil die Gewehre fortwarfen und sich freiwillig abführen ließen. Ein Teil der Bande flüchtete in die städtische Irrenanstalt Herzberge und versuchte sich dort zu verteidigen. Nach kurzem Kampfe wurden sie zum Teil überwältigt, zum Teil flüchteten sie auf das freie Feld. Von militärischer Seite wird behauptet, daß in Lichtenberg die Spartakisten Flugblätter verbreitet haben, in denen ausdrücklich zum Mord aufgefordert werde. Montag wurde ein Zahlmeister in Zivil auf der Straße von einem Spartakisten festgenommen, mit der Drohung des Erschießens. Mit 1700 Mark, die er bei sich hatte, kaufte er sich frei. Ein unbewaffneter Jäger, der auf einem Fahrrad fuhr, wurde von einer Anzahl junger Burschen und Weiber vom Rade geworfen und dermaßen geschlagen, daß er als eine formlose Masse tot liegen blieb.

Eine andere Meldung besagt, daß die Kämpfe in Lichtenberg 150 Todesopfer gefordert haben.

Noske unterdrückt die Freiheit!

Unser Berliner Parteiblatt Freiheit gibt bekannt:

An unsere Leser! Der Reichswehrminister Noske hat auf Grund des Belagerungszustandes das Erscheinen der Freiheit bis auf weiteres verboten.
Redaktion und Verlag der Freiheit.

Dieser Gewaltstreich zeigt die Herrschaft des neuen Regiments in scheußlichster Gestalt. Das „neue" Regiment ist wieder ganz das alte geworden. Diktator Noske unterdrückt nur die Rote Fahne und die Freiheit, dagegen erfreut sich die bürgerlich-kapitalistische Presse seines Wohlwollens.

Leipzig.

Leipzig, 10. März. (W. T. B.) Der A.- und S.-Rat hat eine Bekanntmachung erlassen, in der die Arbeiter, nachdem der Generalstreik beendet und die Gefahr des Einmarsches fremder Truppen behoben sei, aufgefordert werden, **die ihnen ausgehändigten Waffen und Munition sofort wieder abzugeben.** Ebenso schnell, wie die Bewaffnung, müsse auch die Ablieferung der Waffen erfolgen. In der Nacht zum Montag kam es namentlich in Osten der Stadt mehrfach zu lebhaften Schießereien. Personen sind nicht verletzt worden.

Der Eisenbahnverkehr ist auf den preußischen und sächsischen Linien in Leipzig gestern nachmittag wieder aufgenommen worden.

Deutsche Truppen sollen die Bolschewisten niederschlagen!

In seiner großen Rede auf dem Parteitage führte Genosse Haase aus:

Da erhebt man ein großes Geschrei über den Bolschewismus, eine marktschreiende Reklame hetzt gegen ihn. Soweit in der russischen Revolution Greuel verübt wurden, kann der Bourgeoisie nachgewiesen werden, daß ihre Revolutionen nicht weniger Greuel brachten. Dazu kommt die Erbarmungslosigkeit der vierundvierzig Kriegsjahre. Tatsächlich fürchtet man auch viel weniger den Bolschewismus als den Sozialismus. Was soll man schließlich zu dem Angebot der deutschen Waffenstillstands-

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-170675262191903 11-10/fragment/page=0001

kommission an die Entente sagen: Deutschland sei bereit, mit seinen Truppen den Kampf gegen den Bolschewismus zu übernehmen!

Das ist jetzt in Weimar bekannt geworden. Natürlich haben wir in Weimar den schärfsten Widerspruch erhoben, daß wieder deutsches Blut für fremde Interessen, die der baltischen Barone, zum Opfer gebracht werden soll. Man glaubt aber wohl, auf Kosten der Sowjetrepublik sich für den Verlust von Elsaß-Lothringen, Schleswig und Polen zu entschädigen. Man möchte wohl auch eine Rechtfertigung für die Aufrechterhaltung der gesamten Streitmacht. Diese Rüstungen liefern aber wieder der Entente den Vorwand, die Gefangenen zurückzubehalten. Das geht klar aus einem Schreiben Fochs hervor, das jetzt zur Veröffentlichung kommt.

Wir haben klar zu sagen, daß wir mit vielem in der russischen Revolution, mit den Methoden dieser Revolution, nicht einverstanden sind. Aber die Berichte sind verworren, und die Hetze gegen die Revolution lehnen wir in jedem Falle ab. Auch Gorki hat bekannt, daß oftmals eine nicht notwendige Zerstörung in Rußland vor sich gegangen sei. Aber er hebt auch hervor, daß das kulturelle Schaffen Formen annehme, wie nie zuvor in der Weltgeschichte.

Die Ausführungen Haases über die Niederschlagung der Bolschewisten werden durch die Meldung von der Deutschen Waffenstillstands-Kommission in Spaa bestätigt, wonach General Nudant **den Transport deutscher Truppen auf dem Seewege nach Libau** abgelehnt habe. Die Entente trage also die Verantwortung dafür, wenn das bolschewistische Verbrechen weitere Landstriche überflutet. Deutschersteis sei alles Notwendige geschehen.

Die deutsche Regierungserklärung besätigt, daß die Noske-Regierung der internationale Preisschlechter gegen die russische Revolution, das „bolschewistische Verbrechen", sein möchte.

Sofortige Lebensmittellieferung.

Berlin, 10. März. Ein Telegramm des Pariser amerikanischen Presedienstes besagt: Im Zehnerrat hat Lloyd George ein Telegramm vom General Plummer, Befehlshaber im englischen Besetzungsgebiet links vom Rhein, verlesen, laut dessen **die englischen Besatzungssoldaten eher revoltieren würden, als noch länger Frauen und Kinder auf den Straßen deutscher Städte umkommen zu sehen.** Daraufhin hat man sich im Zehnerrat und im Obersten Wirtschaftlichen Ausschuß darüber verständigt, daß die Lieferung von Lebensmitteln an Deutschland gegen Bezahlung **sofort beginnen soll,** falls Deutschland seine Handelsschiffe ausliefere, die amerikanische und andere Truppen, monatlich 70 000 Mann, heimbefördern und dafür **Nahrungsmittel nach Europa bringen sollen.** Clemenceau hat die volle Verfügung der Franzosen angekündigt. Ein von der Hamburger Seewarte aufgenommener Funkspruch aus Paris besagt, daß Deutschland, falls es seine Handelsflotte ausliefere, **sofort 250 000 Tonnen Lebensmittel monatlich erhalten solle.**

Paris, 10. März. Einer Reutermeldung zufolge, sind bereits Kontrakte mit verschiedenen Firmen abgeschlossen worden, um Deutschland die nötigen Lebensmittel zu liefern.

Die Entschädigung an Belgien.

Paris, 9. März. Die belgischen Forderungen an Deutschland, die der Kommission zur Wiedergutmachung vorgelegt worden sind, betragen 1400 bis 1600 Millionen Pfund Sterling, das sind zweiunddreißig Milliarden Mark.

Kapitalrentensteuer. Wie man meldet, wird der Entwurf einer Kapitalrentensteuer demnächst der Nationalversammlung vorgelegt werden. Die Steuer von 10 Prozent ist demnach auf alle Kupons, Dividendenscheine und auch auf alle privaten Schulden zu bezahlen.

Aus der Partei.

Die Fraktion der Unabhängigen Sozialdemokraten in der preußischen Landesversammlung hat sich konstituiert und zum ersten Vorsitzenden den Genossen Adolf Hoffmann, zum zweiten Vorsitzenden den Genossen Dr. Kurt Rosenfeld, zum Schriftführer Genossen Stöcker und zur Kassiererin die Genossin Arendsee gewählt. Zuschriften sind an den Genossen Adolf Hoffmann, Berlin, Blumenstraße 22, zu richten.

Neue Blätter. In Köln erscheint zweimal in der Woche Die Sozialistische Republik. Schriftleitung und Verlag Köln, Mühlenbach 38. — Unsere Genossen in Karlsruhe geben seit kurzem ein Wochenblatt Die Sozialistische Republik heraus. Geschäftsstelle Karlsruhe, Kaiserstraße 13.

Halle und Saalkreis.

Halle, den 11. März 1919.

Schauergeschichten der Provinzpresse über Halle.

Nach einem bekannten Ausspruche wird am meisten gelogen im Kriege, während einer Wahl, nach einer Jagd und, so muß man erwähnend hinzufügen, während einer Revolution. Hier hat im Lügen und Schwindeln besonders die bürgerlich-kapitalistische Sensationspresse alles bisher dagewesene in den Schatten gestellt. Namentlich von den „Spartakisten" und „Bolschewisten" wurde und wird dem verängstigten Spießer täglich gruselig gemacht, daß er zwischen ihnen und den leibhaftigen afrikanischen Menschenfressern schon gar keinen Unterschied mehr macht. Nicht weniger toll treibt es die sogenannte Provinzpresse, die natürlich noch viel schreckhaftere Vorstellungen von den „Spartakisten" hat, weil ihr überhaupt noch kein lebender zu Gesicht gekommen ist.

In den letzten Tagen zogen die Ausschreitungen und Ausländerungen in Halle auch das Hauptinteresse der Provinzpresse an. Ihre Spalten waren voll des „Grauens" über all die „verruchten Schandtaten" der „Spartakisten", und die Phantasie konnte bei der Ausmalung von Schreckensbildern ins Grenzenlose schweifen. Wenn all' die Schilderungen, die die Provinzpresse über die Tumultage in Halle von „Augenzeugen" bringt, Wahrheit wären, so stände in Halle kein Stein mehr auf den andern, und es wäre nur noch ein großer Schutt- und Trümmerhaufen. Ein paar Proben mögen dartun, daß das kaum übertrieben ist. So verbreitet z. B. der Cöthener Anzeiger unter der Ueberschrift: **Das hallische Grauen,** die folgende Räubergeschichte:

„Wie von Augenzeugen aus Halle berichtet wird, soll bei dem dortigen Aufstande das Postgebäude so gut wie zerstört sein. Ein Schaffner, der am Sonnabend mit einem Eisenbahnzuge nach Halle fuhr, in dem sich 500 Mann Regierungstruppen befanden, erzählt, wie unterwegs auf freier Strecke der Zug zum Halten gebracht wurde und es erschienen ein Dutzend Matrosen mit vorgehaltenen Revolvern und Dolchen, um den ganzen Truppentransport zu entwaffnen (!) Der Führer hatte aber seine Mannschaften bereits im Anschlag, doch ehe er Feuer geben ließ, kommandierte er „Hände hoch!", worauf die Matrosen die Waffen fortwarfen und dann gefangenommen und einzeln in den Abteilen untergebracht wurden als Gefangene. . . . . Am Abend zwischen 7 und 8 Uhr rottete sich die „Sicherheitswache" (!) in Halle zusammen, zog nach der Ulrichstraße, schlug mit den Gewehrkolben die Schaufenster ein und plünderte. Die Aufräumungsarbeiten wurden Sonntag begonnen. Gegen diese Sicherheitsmannschaften mußten die Regierungstruppen Maschinengewehre anwenden. . . ."

Liebenwerdaer Kreisblatt: „Der berüchtigte Spartakistenführer Bludra wurde erschossen aufgefunden. Er fiel an den Straßenkämpfen beteiligt und dabei verwundet worden sein . . .

Das Eisleber Tageblatt entnimmt „einem Briefe aus Halle über die derzeitige Lage und Stimmung":

„Seitdem unsere geliebten (!) Landjäger hier sind, geht alles wieder ruhig zu. Das sind tüchtige Kerle, die mit Ruhe und Liebenswürdigkeit alles behandeln und nur gegen die Schuldigen kein Erbarmen kennen. **Die Diebesbanden werden alle fürchterlich verhauen. (!!)** . . . Die Nachricht von der **Erschießung des Bankiers Steckner und des Großkaufmanns Bottel anläßlich der Plünderungen in Halle bewahrheitet sich glücklicherweise nicht."**

Diese Proben ließen sich beliebig vermehren. Sie zeigen, welch eine planmäßige Verhetzung die bürgerliche Presse mit der Verbreitung von „spartakistischen" Greuel- und Schauergeschichten betreibt. Alles zu dem löblichen Zwecke natürlich, die Gegenrevolution zu stärken und die Revolution abzuwürgen. Umsonst! Die Revolution hat ihre eigenen Gesetze und geht ihre eigenen Wege, die letzten Endes doch zum vollen Siege des Sozialismus führen müssen!

Plünderungsschäden anmelden.

Plünderungsschäden, die Einzelpersonen dadurch erlitten haben, daß sie den geplünderten Geschäften eigene Sachen oder Stoffe zur Aufbewahrung, Aenderung oder Verarbeitung übergeben hatten, müssen von den Betroffenen bis 15. März beim Magistrat angemeldet werden, da sie sonst des Ersatzanspruchs verlustig gehen.

Hausbesitzer und Geschäftsinhaber, die anläßlich der Unruhen Schäden an unbelegten und belegten Spiegelscheiben sowie an sonstigen Glasarten erlitten haben, werden hiermit aufgefordert, vor Beseitigung der Schäden, den vom Magistrat zum Sachverständigen bestellten Kaufmann Max Krause in Firma W. Krause, Brüderstraße 13, bei dem Aufmaß der verbleibenden Bruchstücke hinzuziehen. Der Wert der Bruchstücke muß im Verfahren zur vorläufigen Schadensfestellung Berücksichtigung finden.

Städtische Lebensmittel

gibt es: **Räucherfische** in allen Fischgeschäften. Der Verkauf beginnt am Mittwoch früh. Für jede Person eines Haushaltes werden 100 Gramm Sprottbücklinge zum Preise von 30 Pfennigen abgegeben. Der Verkauf erfolgt auf Warenbezugsschein Nr. 20, Abschnitt 280. Auf diese Abschnitte werden nur Räucherfische verabfolgt. Zugelassen zum Einkauf werden die Inhaber der Lebensmittelscheine mit den Nummern 1—8000 und 65 001—74 000. Wegen Papiermangels wird das Publikum ersucht, Papier oder Taschen, Netze, Körbe usw. mitzubringen.

Es wird darauf hingewiesen, daß es in der Seefischbekanntmachung vom 10. März 1919 nicht heißen darf: „Warenbezugsschein 19", sondern „Warenbezugsschein 18".

Städtischer Verkauf von Pudding- und Backpulver in der Talamtschule am Mittwoch, den 12. März 1919. Zugelassen zum Einkauf werden die Inhaber der Nummern der Lebensmittelscheine 28 001—36 000 vormittags von 8—12 Uhr, und die Inhaber der Nummern 36 001—42 000 nachmittags von 2—5 Uhr.

Diejenigen Inhaber von Kleinhandelsgeschäften, welche Kundenlisten eingereicht haben, werden hierdurch aufgefordert, am Mittwoch, den 12., und Donnerstag, den 13. März 1919, bei den von ihnen gewählten Großfirmen, den in dieser Woche zum Verkauf gelangenden **Sirup abzuholen.**

* **Polizeistunde um ½9 Uhr.** Auf Anordnung des Kommandeurs der Landesjäger wird die Polizeistunde für Gastwirtschaften, Kaffeehäuser, Theater, Lichtspielhäuser usw. von heute ab auf 8.30 Uhr festgesetzt.

* **Die Regierung bewaffnet die Studenten!** Der Rektor der Universität Halle bringt durch Anschlag folgendes Telegramm der Regierung zur Kenntnis der Studentenschaft:

„An Rektor, Senat und Ausschuß der Studierenden, Universität Halle. Reichsregierung bedarf der akademischen Jugend dringend im Kampfe gegen die drohende Anarchie und baut auf ihre Treue und Hingabe. Sicherstellung der für das Studium verlorenahenden Zeit wird durch besondere Verfügungen gewährleistet werden.

Reichsministerium. Preußisches Ministerium für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung."

Also die Hauptstützen dieser sozialistischen Regierungen sind: Offiziere, Unteroffiziere und unaufgeklärte Soldaten des alten preußisch-deutschen Militarismus und eine Leibgarde aus kapitalistischen Bürgern und aus alldeutschen Korpsstudenten. Das macht es allerdings verständlich, daß eine „sozialistische" Regierung, die sich der Reaktion zur Niederwerfung der Revolution bedient, für den Sozialismus nichts mehr übrig hat!

* **Die Regierungsbörchen in der Trennung von Kirche und Staat.** Darüber wird Montag, den 17. März, ebends 8 Uhr, in der Saalschloßbrauerei Herr Alfred Dieterich, Privatgelehrter in Berlin, im Auftrage des preußischen Kultusministeriums sprechen. Eine freie Aussprache soll sich anschließen.

* **Der wissenschaftliche Unterricht in der städtischen Handels- und Gewerbeschule für Mädchen** (Klosterstr. 9) ist nach dem Lyzeum verlegt worden, da die Klosterschule von Regierungstruppen belegt wurde. Anmeldungen können erst wieder vom 1. bis 5. April in der Schule entgegengenommen werden.

* **Die Zentral-Bücherei im Volkspark** ist Sonntags vormittags von 10 bis 12 Uhr und Dienstags und Donnerstags abends von 7 bis 8 Uhr geöffnet. Die Benutzung ist für die Mitglieder der Partei und Gewerkschaften, sowie deren Angehörige, frei. Beim ersten Besuch ist ein Ausweis darüber vorzulegen.

* **Das Stadttheater** nimmt ab morgen, Mittwoch, seine Vorstellungen mit einer Aufführung von Der fliegende Holländer wieder auf. Donnerstag wird erstmalig Der Gymnasiasmum wiederholt. Beginn der Vorstellungen nachmittags 5 Uhr. Die Kasse ist ab Mittwoch von 10 Uhr geöffnet, woselbst auch die Tageskarten für die ausgefallenen Vorstellungen je nach Wunsch umgetauscht oder zurückvergütet werden. Ueber die ausgefallenen Abonnementsvorstellungen wird Näheres noch bekanntgegeben.

* **Im Apollo-Theater** beginnen ab Mittwoch, den 12. März, wieder die regelmäßigen Vorstellungen, und zwar gelangt die Neuheit Die schöne Unbekannte, Operette in 3 Akten, von Georg Okonkowski, Musik von Gabriel, zur Aufführung. Nachdem der Straßenverkehr bis 9 Uhr abends freigegeben ist, beginnen die Vorstellungen Punkt 6 Uhr und enden 8.15, so daß noch jeder Theaterbesucher für den Heimweg genügend Zeit hat.

* **Gefundenes Plünderergut.** Auf einem Acker in der verlängerten Merseburgerstraße wurden gestern von einem Flurhüter Kleidungsstücke und 4 Stücke Tuch im Gesamtwerte von etwa 1500 Mark gefunden. Die Sachen wurden sichergestellt. — Bei der Durchsuchung der Wohnung eines in der Dessauer Straße wohnhaften Maurers wurden auf dem Heuboden 311 Paketen Zwiebäcke, von Plünderern herrührend, sowie etwa 60 Pfd. Erbsen, 25 Pfund Gerste und 25 Pfund Roggen, sogenannte Hamsterware, aufgefunden. — Gestern wurden die Viertel der Kleinen Ulrichstraße und an der Universität einer planmäßigen Durchsuchung unterworfen. Dabei wurde zahlreiches Heeresgut und geplünderte Lebensmittel gefunden. Auch einige Waffen wurden zu Tage gefördert. 7 Personen wurden wegen Plünderns, 8 wegen Teilnahme an Schießereien festgenommen.

Ammendorf. Die Arbeiter der Waggonfabrik Lindner-Ammendorf halten Donnerstag, vormittags 11 Uhr, im Schützenhaus Betriebsversammlung ab. Der Betriebsrat.

Brachstedt. Die versagende Sicherheitswehr. Man schreibt uns: Trotzdem in allen Orten sogenannte Sicherheitswehren gegründet worden sind, merkt man absolut nichts, daß die Tätigkeit dieser Wehren eine für die Gemeinde ersprießliche wäre. Zum Beispiel wurde in der Nacht vom Sonnabend zum Sonntag beim Gutsbesitzer Reinhold Ohme in Brachstedt ein größerer Diebstahl ausgeführt, bei dem die Diebe u. a. erbeuteten: zwei Schafe, Kaninchen und Kartoffeln. Es wäre sehr erwünscht, daß die Herren, welche sich in die Liste der Sicherheitswehr ein ließen, nicht nur auf dieser Liste, sondern auch nachts im Dorfe zum Schutz der Einwohner zu finden wären.

Zwintschöna. Die erste Gemeindevertretersitzung fand hier am gestrigen Sonntage statt. Nach Einführung der neugewählten Vertreter ging man zur Tagesordnung über, die sehr reichlich war. In die Ernährungs-, Wohnungs- und Armenkommission wurden zwei Sozialdemokraten und 1 Bürgerlicher gewählt. Dann kam man zum Punkt: Einführung einer Bürgerwehr. Es war hierzu vom Landrat ein Schreiben eingegangen, welches die Bürgerwehr fordert „zur Bekämpfung des Bolschewismus", des „Spartakismus" und vor allen Dingen, weil die Plünderungen und der Aufruhr überhand nehmen und aufs Land hinaus getragen werden könnten. Von unserer Seite wurde durch den Genossen Bolm das Unerbieten des Landrats zurückgewiesen, da wir solche reaktionären Pläne nicht mitmachen. Der Punkt wurde sodann vertagt, um festzustellen, wer die Kosten und die Verantwortung für irgendwelche Opfer oder deren Hinterbliebenen trägt. Also eine Forderung direkt politischer Art. Wir lehnen hierfür die Verantwortung ab. Im übrigen verlief die Sitzung sachlich.

Papiernot!

Infolge der Papiernot sind wir auch heute wieder verdammt, nur zwei kurze Seiten stark erscheinen zu können. Das wird immer unerträglicher! Um uns herum brauen die Wogen der Verleumdung und Niedertracht. Noch niemals ist die Arbeiterbewegung und vor allem die Unabhängige Sozialdemokratie so geschmäht worden, wie jetzt. Da sind uns die Hände gebunden! Die bürgerlich-kapitalistische Presse hat Papier in Fülle. Acht, zehn, zwölf Seiten stark erscheinen diese feindlichen Blätter, manchmal sogar zweimal am Tage. Und das Volksblatt kann aus der amtlichen Papierkontingentierung nur zwei Seiten herausbekommen! Diese Verhältnisse sind unhaltbar. Wir müssen diese Papiernot öffentlich hinausschreien — haben aber keine Hoffnung auf Besserung.

Aus der Provinz.

Die Bergbeamten streiken weiter.

Die von den Unternehmern gezüchtete gelbe Vereinigung der Angestellten des Mitteldeutschen Bergbaues läßt in der Presse mitteilen, daß sie wegen Nichtbeachtung wesentlicher Forderungen der Angestellten durch die Regierung für ihre Mitglieder die Fortführung des Beamtenstreiks beschlossen habe. Man hat bekanntlich die an übergeschnappten Größenwahn grenzende Forderung aufgestellt, solange der gehaßte Bezirks-Bergarbeiterrat nicht aufgelöst sei, die Bergbeamten die Arbeit nicht aufnehmen würden. Mit diesem Verlangen ist man aber glatt hinten runtergerutscht, denn die Arbeit geht, mit ganz wenigen Ausnahmen, überall glatt vonstatten. Den Beamten der Mansfelder Gewerkschaft ist gütigst gestattet worden, am Montag, den 10. März, die Arbeiten in vollem Umfange wieder aufzunehmen, da sämtliche Arbeiten als Notstandsarbeiten anerkannt werden müssen. Den Vertretern der Mansfelder Gewerkschaft ist auch zugesagt worden, daß die Werke, die für die Kohlenbelieferung Mansfelds in Frage kommen, vom Beamtenstreik nicht betroffen werden sollen, so daß die Gefahr des Erlaufens der Mansfelder Schächte zunächst abgewendet erscheint.

Wie uns mitgeteilt wird, haben sich die unteren Werksbeamten fast überall zur Arbeitsaufnahme bereit erklärt, nur einige höhere Werksvertreter beharren auf ihrem Standpunkte. Im Zeitzer Revier herrscht nach wie vor Ruhe, auch wird auf dem größten Teile der Gruben gearbeitet. Alle von der bürgerlichen Presse verbreiteten Nachrichten sind Schwindel.

Merseburg. Absetzung des Soldatenrates. Triumphierend berichtet die bürgerliche Presse: Eine auf dem Hofe der Kaserne stattgehabte Versammlung der Soldaten erklärte den bisherigen Garnison-Soldatenrat für abgesetzt. Es wurde ein neuer Rat gewählt, der treu zur Regierung steht. Die Merseburger Garnison stellt sich somit auf die Seite der Regierung. — Was nicht zu verwundern ist, wenn man weiß, daß der Geist von Maerkers Landesjägern Merseburg beherrscht.

Wittenberg. Aus der Stadtverordnetensitzung. Am 4. März trat das neugewählte Kollegium zum ersten Male zusammen. Nach einer kurzen, ziemlich belanglosen Einweihungsrede des Ersten Bürgermeisters Dr. Thelemann erfolgte die Verpflichtung der Stadtverordneten. Als Vorsitzende des Kollegiums wurde Studienrat Professor Dr. Schwarze, und unser Genosse Lerchenstein zum stellvertr. Vorsitzenden gewählt. Als 1. Schriftführer ging Stadtv. Holzhausen, als Stellvertreter Stadtv. Behke aus den Wahlen hervor. Dann erfolgte die Wahl der 23 Kommissionen. Die Sitzungen beginnen künftig mit Rücksicht auf die Arbeiter-Stadtverordneten stets um 5 Uhr erst um 6 Uhr abends. Zum Schluß der Sitzung entbrann sich noch eine lange Aussprache über die Wohnungsnot und ihre Beseitigung. Am 1. April sollen annähernd 50 Familien obdachlos sein. Die geplante Verwendung der Kasernen stößt auf mancherlei Schwierigkeiten. Die Militärverwaltung lehnt es ab, auch die Kostenfrage und das Angezieser spielen eine Rolle. Dafür will man die Baracken auf dem Neuberstlichen Grundstück gegenüber der Kavallerie-Kaserne zum Preise von je 5200 Mk. kaufen und als Notwohnungen benützen. Es wurden gegen die Barackenwohnungen eine Reihe berechtigter Einwände erhoben, aber schließlich stimmte das Kollegium aus Dringlichkeitsgründen dem Ankauf zu. — Bei dem Ergebnis der Stadtverordnetenwahl sei noch folgendes nachgetragen: Auf die Liste Bickel entfielen 1222, auf Liste Dr. Schwarze 8868, auf Liste Schmitz 212 und auf die Liste Lerchenstein (U. S. P. und Rechtssozialisten) 2627 Stimmen. Die Listen Bickel und Dr. Schwarze waren verbunden; sie erhalten deshalb zusammen 25 Sitze, die Liste Lerchenstein 13 Sitze. Da Herr Bickel die Wahl abgelehnt hat, rückte der nächste Bewerber der Liste an seine Stelle.

Torgau. Der Soldatenrat und die Bewaffnung der Freiwilligen. Seit einiger Zeit machte sich unter den Angehörigen der Torgauer Garnison ein starker Unwille gegen einige Mitglieder des Soldatenrates geltend. Dieser Unwille kam zum offenen Ausbruch, als an einige hier aufgestellte sogenannte Grenzschutzformationen Waffen und Munition verteilt wurden. In einigen Versammlungen kam es dieserhalb zu heftigen Auseinandersetzungen zwischen dem Garnisonsoldatenrat und verschiedenen revolutionären Soldaten, die schließlich den Rücktritt des Soldatenrates im Gefolge hatten. Es wurde die Rückgabe der Waffen gefordert, auch gegen verschiedene Offiziere der Vorwurf erhoben, daß sie gegen die Sache der Revolution arbeiteten. Die Versammlung war einmütig der Meinung, daß durch die Abgabe von Waffen und Munition große Unruhe in die Bevölkerung getragen worden ist und verlangte Einziehung der Waffen und Munition. Der Soldatenrat wurde aufgefordert, alle Schlüssel zu Waffenräumen an sich zu nehmen und so zu verwahren, daß kein Unberufener die Schlüssel an sich bringen kann.

Eisterwerda. Für Beseitigung der Offiziersgewalt. Die Mannschaften der hiesigen Train-Abteilung hielten eine Versammlung ab und beschlossen, darauf hinzuwirken, daß der Jahrgang 1899 entlassen wird. Außerdem soll der Soldatenrat nur aus Gemeinen bestehen. Ferner will man für Abschaffung der Offiziere eintreten.

Liebenwerda. Ueberfall auf die Stadtkasse. Montag mittag wurde die im städtischen Rathause untergebrachte Kämmereikasse von mehreren unbekannten Männern ausgeraubt. Der Rendant wurde durch Schläge auf den Kopf betäubt und darauf geknebelt. Den Räubern fielen 60 000 Mark in die Hände.

Amtliche Wetteransage.

Mitgeteilt von der Wetterdienststelle Ilmenau.

Dienstag, den 11. März. Ziemlich trübe, mild, zeitweise Regen.

Verantwortlich für Politik: Paul Hennig; für Hallesche Angelegenheiten: Karl Beck. Verlag: Volksblatt, G. m. b. H.; Druck: Hallische Genossenschafts-Buchdruckerei, G. m. b. H. Sämtlich in Halle.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219190311-10/fragment/page=0002